

Auf der anderen

Österreich übernimmt 2017 den OSZE-Vorsitz. In dieser Organisation gibt es immer wieder Streit um Länder, die es offiziell gar

Von Franziska Tschinderle
Fotos: Martin Valentin Fuchs

Tiraspol. Um acht Uhr abends klettert Gregori mit klopfendem Herz über den Zaun der Kaserne. Niemand steht Schmiere. Nicht einmal den Zimmerkollegen hat er von seiner geplanten Flucht erzählt. Sobald seine schweren Militärtiefel den Boden berühren, rennt er los. Um Mitternacht steht er am Ufer des Dnjestr. Es ist eine warme Augustnacht, also überlegt Gregori nicht lange, springt und schwimmt.

Der Dnjestr ist nicht einfach nur ein Fluss. Er ist die Landesgrenze eines Staates, den es eigentlich nicht gibt. 202 Kilometer lang, an manchen Stellen nur wenige Kilometer breit. Im Osten ist er durch die Ukraine, im Westen durch die Republik Moldau begrenzt.

Formal gesehen hat Transnistrien alles, was seine Nachbarländer auch haben: Flagge, Verfassung, Präsidenten, Hymne, Kfz-Kennzeichen und sogar eine eigene Währung. Doch weil sich die abtrünnige Region Anfang der Neunzigerjahre von Moldau abgespalten hat, wurde sie bis heute von keinem Land der Welt anerkannt. Nicht einmal von der Schutzmacht Russland, die Transnistrien in einem Bürgerkrieg im Jahr 1992 zur Hilfe eilte und immer noch Soldaten stationiert hat. Seither gilt der Konflikt als eingefroren. Hannes Meissner, Senior Researcher im Kompetenzzentrum Schwarzmeerregion der Fachhochschule des BFI Wien und Lehrbeauftragter an der Universität Wien beschreibt die russische Unterstützung secessionistischer Regime in Osteuropa als „Hebel gegen eine Anlehnung post-sowjetischer Länder an EU und NATO“.

Panzer, Denkmäler und Paraden: Der Sezessionskrieg ist nach wie vor Teil der Identität des Landes. Warum kam es überhaupt zur Abspaltung? Westlich des Dnjestr ist Rumänisch die offizielle Amtssprache. Am linken Ufer

hingegen überwiegt die russischsprachige Bevölkerung. Nach dem Zerfall der Sowjetunion fürchtete man in Transnistrien, dass sich Moldau mit Rumänien vereinigen könnte. Aus Angst vor einer Unterdrückung der russischen Sprache und Kultur begannen Separatisten Stück für Stück moldauische Polizeistationen, Gerichte und Schulen zu übernehmen. Heute hat Moldau die Kontrolle über das Territorium östlich des Dnjestr verloren. In einem Referendum von 2006 sprach sich die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung für die Unabhängigkeit von Moldau und den Anschluss an Russland aus.

Nach dem Bürgerkrieg wurde die Stationierung von Friedenssoldaten vereinbart, mit je einer Einheit aus Moldau, Russland und Transnistrien. Diese sollen ein Wiederaufflammen der Kämpfe verhindern. Durch die Ukraine-Krise ist der Transnistrien Konflikt wieder in den Fokus internationaler Aufmerksamkeit gerückt. Nach der Annexion der Krim verfassten die Mitglieder des obersten transnistrischen Rates eine Bitte an die Duma, auch ihr Land zurück nach Russland zu holen. In der Hauptstadt Tiraspol ist das Rot, Blau und Weiß der russischen Trikolore allgegenwärtig. Zur Präsidentschaftswahl am 11. Dezember haben sich nur Kandidaten aufstellen lassen, die als Moskau-treu gelten. „Wir haben eine slawisch-östliche Mentalität und akzeptieren keine amerikanischen Werte“, sagt etwa Oleg Chorschan, der Kandidat aus dem kommunistischen Lager.

Der Fahnenflüchtling im Exil

Einhalb Jahre sind vergangen, seitdem Gregori auf die andere Seite des Dnjestr geschwommen ist. Er sitzt in einer Anwaltskanzlei in Chisinau und erzählt, warum er damals abgehauen ist. Ein junger, kräftiger Mann mit kurz geschorenem Haar, trainierten Oberarmen und Jogginghose. „Sie haben uns geschlagen, einfach so zum Spaß“, beginnt er. Blaue Flecken sah man nie, weil die Offiziere ihre Fäuste mit der flachen, linken Hand abfingen. „Dann ramnten sie uns ihre eineinhalb Kilo schweren Schuhe in den Bauch“, erzählt Gregori weiter. Wer seine Zigarette wegschnippte, anstatt sie in den Mülleimer zu werfen, musste ein Loch schaufeln. „Grab“ wurde diese Bestrafung genannt. Einer von Gregoris Freunden hat sich erschossen, weil er es nicht mehr ausgehalten hat.

Gregoris Geschichte ist eine von vielen Aktenordnern im Büro von Ion Manole. Auf seinem Schreibtisch steht die Statue der Justitia, der römischen Göttin für Gerechtigkeit.

Manole ist Jurist bei der Nichtregierungsorganisation Promo Lex. In Transnistrien hat ihn der Geheimdienst zur Fahndung ausgeschrieben, weil er seit Jahren staatliche Menschenrechtsverletzungen dokumentiert. Es geht um Folter in Gefängnissen, Bestechung von Staatsanwälten, Drohungen gegen Journalisten und sogar Mord. Seit 2004 hat Promo Lex bereits 62 Fälle beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte eingebracht. Die Dunkelziffer vermutet Manole viel höher,



weil es immer wieder vorkommt, dass Opfer des Regimes aus Angst die Dokumente nicht unterschreiben. Sein Büro steht für all jene offen, die man in Transnistrien nicht haben will: Homosexuelle, politisch verfolgte, Journalisten, Freidenker.

Das österreichische Außenministerium schreibt auf ihrer Webseite von einem „hohen Sicherheitsrisiko“ in Transnistrien und rät von einer Reise ab, nicht zuletzt deswegen, weil es keine konsularische Betreuung durch die österreichische Botschaft gibt. Das hält Touristen nicht davon ab, in das „Freiluftmuseum der Sowjetunion“ zu reisen, wie Transnistrien von Journalisten gerne bezeichnet wird. Hammer und Sichel sind dort immer noch Teil der Nationalflagge. Vor dem Regierungsgebäude steht ein Lenin-Denkmal. Im Gegensatz zu Moldau wurden hier Symbole und Gebäude der Sowjetunion nie abgerissen. Der Geheimdienst trägt immer noch nach den Namen des sowjetischen Vorgänger „KGB“.

Das Parlament heißt „Oberster Sowjet“. Kürzlich ließ die Regierung eine Sonderbanknote zum 70. Jahrestag des Sieges der Sowjetunion im Zweiten Weltkrieg drucken. Auf der Rubel-Note war unter anderem das Sankt-Georgs-Band abgebildet, das in den letzten Jahren zum Symbol der pro-russischen

„Ich weiß nicht,
ob mein Sohn noch
am Leben ist.“

Ekaterina Lipovcenko

Separatisten in der Ukraine wurde. Selbst auf den Oberleitungsbussen hat der Staat Propaganda abdrucken lassen: „In die Zukunft mit Russland“ ist dort zu lesen.

An der Grenze

An der Grenze, wo uniformierte und bewaffnete Soldaten Pässe kontrollieren, stehen Panzer und mit Tarnnetzen überspannte Container. In einer Anmeldestelle

können Einreisende ein Visum für maximal zehn Stunden beantragen. Wer das Land bis dahin nicht verlassen hat, dem droht eine Verwaltungsstrafe.

Journalisten, die in Transnistrien recherchieren wollen, brauchen eine Zulassung von der Regierung. Ohne diese Akkreditierung dürfen Reporter weder Politiker, noch die Zivilbevölkerung interviewen. Selbst Besucher aus Chisinau, die zum Einkaufen nach Tiraspol fahren oder Freunde besuchen, müssen sich an der Grenze registrieren. Die Beamten hinter dem Glas können kein Englisch. An der Wand hinter dem Schalter hängt ein Porträt von Jewgenij Schewtschuk. Seit 2011 ist der 48-Jährige das gewählte Oberhaupt des Landes. Der Westen hat ihn als Reformers bezeichnet und seinen Einsatz für die Demokratie gelobt. Aber stimmt das auch?

Ekaterina Lipovcenko schüttelt den Kopf. Sie sitzt in einem leeren Restaurant der Kleinstadt Parcani zwanzig Minuten von Tira-

Transnistrien

„Dnjestr-Republik“ – abtrünnige moldawische Region; Bevölkerung vor allem Ukrainer und Russen, Konflikt um Unabhängigkeitsbestrebung

	Fläche in km ²	Einwohner
Moldawien gesamt	33.800	3,6 Mio.
Transnistrien	3.567	550.000

1990 Ausrufung der Republik (nicht anerkannt)

1992 Mehrmonatiger Bürgerkrieg mit mehr als 1.000 Toten; seither Vermittlungsbemühungen durch Russland, Ukraine, USA, EU und OSZE

Grafik: apa; Quelle: apa **WIENER ZEITUNG**

Seite des Flusses

nicht gibt. Transnistrien ist so ein Land – der Staat existiert und das seit 26 Jahren. Eine Reise in ein autoritäres Land.



spol entfernt. Vor sich hat sie mehrere Mappen mit Dokumenten aufbreitet, in denen sie pausenlos blättert. Sie hat im letzten Jahr viele Briefe geschrieben und um Hilfe gefleht: an den Präsidenten Schewtschuk, die Regierung in Chisinau, den Kreml in Moskau und auch an die OSZE, die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa. Ihr Sohn Oleksandr sitzt seit über einem Jahr im Gefängnis. Unschuld, wie seine Mutter betont.

Im März 2016 verurteilte den 37-Jährigen ein Gericht wegen Extremismus zu dreieinhalb Jahren Haft. Alles begann mit einem Posting auf der russischen Social-Media-Plattform „VKontakt“: „In Transnistrien kann die Ordnung nur noch durch UN-Friedenstruppen hergestellt werden“, hat Oleksandr geschrieben.

Sein Anwalt betont, dass Oleksandr weder eine öffentliche Person, noch ein Aktivist ist, sondern ein „ganz normaler Bürger“, der seine Meinung äußern wollte. Der junge Mann ging in den Hunger-

streik und erkrankte an Hepatitis. Einem Arzt ist der Zugang zu seiner Zelle bis heute nicht gewährt. Als seine Mutter ihn zum letzten Mal gesehen hat, war er in einem sehr schlechten Zustand, hatte blaue Flecken und wenig Kraft in den Beinen. Vor zwei Wochen

„Man trifft sich zum Sex aber nicht zum Protestieren.“

Torik Jakubowski

wurde er in ein neues Internierungslager versetzt. Nur vier Mal im Jahr darf seine Mutter einen Besuch anmelden. „Ich weiß nicht, ob mein Sohn noch am Leben ist“, sagt sie.

Warum schweigt die OSZE?

Ekaterina Lipovcenko und viele andere Opfer, sind die letzten Jahre nicht untätig geblieben. Sie kämpfen dafür, dass die internationale Gemeinschaft, vorrangig die

Europäische Union, die OSZE und konsularische Vertreter in Chisinau über die Missstände in Transnistrien informiert werden. „Wir können nicht ignorieren, dass diese Menschen schon heute leiden“, sagt Ion Manole von der NGO Promo Lex. Der Anwalt klagt darüber, mundtot gemacht zu werden und glaubt zu wissen warum: „Internationale NGOs und Organisationen befürchten, dass Transnistrien den Verhandlungstisch bei zu starker Kritik verlassen könnte.“

Seit 26 Jahren wird über die Beziehungen zwischen Moldau und Transnistrien verhandelt, derzeit im Format „5+2“ (Russland, USA, EU, Moldau, Transnistrien, Ukraine, OSZE). Solange es keine politische Lösung gibt, will das russische Außenministerium seine 841 Streitkräfte nicht abziehen. „Jetzt ist nicht die Zeit für Menschenrechte“, hört Manole immer öfter, wenn er Fälle an die Öffentlichkeit tragen will.

Die „Wiener Zeitung“ hat die OSZE-Büros in Warschau, Wien

und Chisinau mit den Missständen konfrontiert. Keine Stelle wollte sich zu den Fällen äußern. Thomas Rymer, Sprecher der ODIHR in Warschau, dem „Office for Democratic Institutions and Human Rights“ schreibt: „Leider können wir die Menschenrechtslage nicht kommentieren da wir zu keiner Zeit Untersuchungen angestellt haben.“ Von Sophia Bellmann, der OSZE-Sprecherin aus Moldau heißt es hingegen, dass es Berichte gibt, die allerdings „streng vertraulich und nicht für die Öffentlichkeit bestimmt sind“. Die Fälle über Folter, Diskriminierung und Freiheitszug dürften in Diplomat-Kreisen also bekannt sein. Aber warum spricht man darüber nicht öffentlich?

Das ist eine Frage, der sich im nächsten Jahr auch österreichische Diplomaten stellen müssen. 2017 übernimmt Wien den OSZE-Vorsitz. Die „5+2“-Verhandlungen werden dann von einem österreichischen Sonderbeauftragten geleitet. „Österreich wird im kommenden Jahr eine stärkere Rolle bei den von der OSZE geführten Verhandlungen zur Lösung des Transnistrien-Konfliktes spielen“, heißt es aus dem Außenministerium. Ziel sei es unter anderem, ergebnisorientierte Lösungsschritte mit den Konfliktparteien zu erreichen, die „den Bewohnern Transnistriens und Moldaus zugutekommen.“

Ein Blick in die Promo Lex Akten zeigt, was auf das OSZE-Sekretariat in Wien zukommt.

Besonders verheerend soll die Situation in den Gefängnissen sein. Ion Manole und sein Team haben Fotos von einem ehemaligen Häftling auf ihren Rechnern gespeichert. Sie zeigen leere, nackte Räume, die von Schimmel befallen sind. Wer sich beschwert, kommt in die Isolationszelle, außen nur ein kleines Fenster. Gerichtsverhandlungen werden in den Gefängnissen durchgeführt. Die Häftlinge müssen während des Prozesses in einem Käfig sitzen. Laut offiziellen Zahlen sind im letzten Jahr 15 Menschen in transnistrischen Gefängnissen gestorben. Promo Lex vermutet, dass die Dunkelziffer höher sein dürfte. Am Eingang von manchen Gefängnissen werden Besucher darauf hingewiesen, dass man sich mit Tuberkulose anstecken könnte.

Pressefreiheit? Nicht existent

Pressefreiheit, Demonstrationsrecht und eine pro-europäische Opposition: All das ist in Transnistrien nicht existent oder stark beschnitten. Auch die Gerichte und Staatsanwälte werden von Promo Lex als politisch instrumentalisiert eingestuft. An der Grenze werde von korrupten Polizisten immer wieder Geld erpresst.

Der Sheriff-Konzern, der mit dem Besitz von Tankstellen, Supermärkten, Casinos, Werbeagenturen, Textilunternehmen und vielen weiteren Firmen eine Monopolstellung im Land genießt, nimmt starken Einfluss auf die Politik. Man könnte auch sagen: Sheriff macht Politik. Denn der Konzern finanziert die Partei „Obnowlenie“ (Erneuerung), die derzeit zwei Drittel der Abgeordne-

ten im Parlament stellt. Das wiederum bedeutet, dass die Politik in den Werbemarkt eingreifen kann und freie, unabhängige Medien nicht überlebensfähig sind. Alle Anfragen, die Journalisten an die Regierung stellen, werden zuerst vom Geheimdienst überprüft. Medienvertreter berichten von Verhören und sogar Drohungen durch den KGB. Eine Journalistin, die ihren Namen nicht in der Zeitung lesen will, weil sie unter Beobachtung des Geheimdienstes steht, erzählt: „In Transnistrien fragt niemand mehr kritisch nach. Alle wissen, dass es unmöglich ist, Informationen zu bekommen.“ Unter die Zensur fällt auch, wie viele Menschen tatsächlich in Transnistrien leben. Promo Lex schätzt, dass sich die Bevölkerungszahl seit 1989 von 750.000 auf 400.000 beinahe halbiert hat.

Homosexuelle gibt es nicht

Torik Jakubowski ist noch hier aber er hätte guten Grund zu gehen. Ihn nennt man hier „Pidor“, ein Schimpfwort, das aus dem Russischen übersetzt „perverse Schwuchtel“ bedeutet. In Transnistrien ist man sich einig: Homosexuelle gibt es hier nicht und wenn doch, dann will sie niemand sehen oder mit ihnen in Kontakt treten.

Torik, 30 Jahre, kurzrasierte Haare und Lederjacke sitzt in einem Fastfood-Lokal in Tiraspol und erzählt, wie es ist, östlich des Dnjestr als schwuler Mann zu leben: „Ich treffe Männer nur in meiner Wohnung und selbst dort fühle ich mich nicht komplett frei.“ Im November wollte eine seiner Freundinnen eine Fotoausstellung über schwul-lesbisches Leben in Tiraspol organisieren. „Der KGB hat das Event sofort verboten und ihr am Telefon gedroht“, erzählt Torik. Es gibt keine NGO, die sich für die sogenannte LGBT-Community, also für Lesben, Schwule, Bisexuelle und Transgender-Personen einsetzt.

Wenn man Torik wegen seiner Sexualität verprügeln würde, könne er sich mit hoher Wahrscheinlichkeit weder von der Polizei noch von Gerichten Hilfe erwarten. „Die Szene ist verängstigt. Man trifft sich zum Sex aber nicht zum Protestieren“, sagt er. Wenn nicht einmal pro-europäische Aktivisten eine Demo anmelden dürfen, warum sollten es dann die Minderheit der Minderheiten versuchen?

Während Torik der Mut fehlt, irgendwann auszureisen, lebt Gregori seit einem Jahr im Exil in Chisinau. Er ist der erste Fahnenflüchtling, der es geschafft hat, von der transnistrischen Armee wegzulaufen. Dieser Heldenstatus bringt ihm heute wenig. Seine Geburtsurkunde liegt auf dem Gemeindeamt seiner transnistrischen Heimatstadt. Ohne diese Dokumente kann er weder reisen, noch ein Studium an der Universität beginnen. Ihm bleibt keine andere Wahl, als schwarz auf Baustellen zu arbeiten.

„Ich möchte nie wieder nach Transnistrien zurück“, ist sich der junge Mann heute sicher. Sollte er es doch tun, drohen ihm laut seinem Anwalt zehn bis zwanzig Jahre Haft. Wer in Transnistrien vom Militär wegläuft, der begeht „ein schweres Verbrechen gegen Vater Staat“. ■